

15 Jahre OWUS Berlin-Brandenburg e.V



OWUS wurde 1994 als branchenoffener Wirtschaftsverband, Interessengemeinschaft und Selbsthilfeorganisation für linksdenkende und -handelnde kleine und mittlere Unternehmer, Handwerker, Gewerbetreibende, Selbstständige und Freiberufler gegründet. Die Arbeit unseres Verbandes steht unter dem Motto: aus wirtschaftlicher Vernunft und sozialer Verantwortung. Unsere Mitglieder wirken in den unterschiedlichsten Branchen, so u. a. Bauwesen, Bildung, IT-Dienstleistungen, Steuer- und Unternehmensberatung, Gartenbau, Industrieausrüstungen, Handel und Handwerk, Landwirtschaft, Rechtsberatung, Touristik, internationale Wirtschaftskooperation, Elektrotechnik und Optik, Werbung.

OWUS wurde gegründet, weil linke Unternehmer und -innen aus ost- und aus westdeutschen Bundesländern

- sich offensiv eine Lobby schaffen wollen, in dem sie sich in die Diskussion und Durchsetzung von wirtschaftli-

chen, sozialen und politischen Entscheidungen einmischen und dabei linke Positionen vertreten;

- wirtschaftlich berechenbare Perspektiven in einer europäischen und globalen Welt brauchen und deshalb ihre gemeinsamen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Interessen für ihr Wirken in der Region formulieren;
- solidarisch für die Entwicklung und Förderung des Mittelstandes eintreten und für stabile Arbeits- und Ausbildungsplätze kämpfen, in dem sie an einer gezielten sozialen Wirtschafts- und Förderpolitik in den Regionen mitwirken.

Unsere Leitlinien sind eine erfolgreiche wirtschaftliche Tätigkeit mit dem Blick auf

- das Gemeinwohl im Sinne von sozialer Gerechtigkeit, Demokratisierung und Umweltverträglichkeit, Solidarität und Gleichstellung der Geschlechter
- Verantwortung für menschenwürdige und sichere Arbeits- und Ausbildungsplätze in einer freien und sozialen Marktwirtschaft, die Pluralismus an Eigentum sichert und staatliches Eigentum nicht zu Gunsten der Monopole verscherbelt
- Verknüpfung unternehmerischer und politischer Aktivitäten zum Erhalt regionaler und überregionaler Strukturen unter anderem durch gezielte Kooperation der Mitglieder untereinander und durch Übernahme politischer Verantwortung in unterschiedlichen Bereichen und Gremien.

Unsere Organisationsstruktur

OWUS Dachverband e.V. (www.owus.de), OWUS Landesverbände e.V. in Bayern, Berlin-Brandenburg, Hessen, Niedersachsen, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen

Beschluss des OWUS Dachverbandes

Um in den öffentlichen Diskussionen abgestimmter und fundierter auftreten zu können sowie in Vorbereitung einer eventuellen Anhörung in der BT-Fraktion sollen Positionspapiere, Argumentationen durch zeitweilige Arbeitsgruppen des Dachverbandes unter der Federführung der u. g. Landesverbände und Einbeziehung von Interessenten aus den anderen Landesverbänden ausgearbeitet werden. Die OWUS Landesverbände übernehmen federführend:

- soziale Absicherung von kleinen Unternehmern. Verantwortlich: OWUS Sachsen e.V.

- flankierende Maßnahmen für Kleinunternehmen bei Einführung von Mindestlöhnen. Verantwortlich OWUS Thüringen e.V.
- EU-Dienstleistungs-Richtlinie und Konsequenzen für die KMU. Verantwortlich: OWUS Berlin-Brandenburg e.V.
- Erneuerbare Energien und die Förderung der KMU. Verantwortlich: OWUS Bayern e.V.
- Ausarbeitung eines Vorschlages über die Möglichkeiten einer vernetzten Internetpräsenz von OWUS-Dachverband und den OWUS-Landesverbänden. Verantwortlich: OWUS Sachsen e.V.

Solidaritätsdienst-International e.V.

Berlin, den 24. Februar 2010

Sehr geehrte Mitglieder von OWUS, lieber Rolf Sukowski,

Im Namen unseres Solidaritätsdienst-international e.V. möchte ich Ihnen ganz herzlich zum 15-jährigen Bestehen Ihrer Gemeinschaft OWUS gratulieren. »Aus wirtschaftlicher Vernunft und sozialer Verantwortung« lautet das Motto der in OWUS organisierten Unternehmer, Freiberufler und Selbstständigen. Angesichts der sich verschärfenden sozialen Probleme in allen Teilen der Welt und der verheerenden Auswirkungen der stärksten Finanz- und Wirtschaftskrise seit 80 Jahren würden wir uns wünschen, es gäbe mehr Menschen, die nach diesem Motto handeln. Ich möchte diese Gelegenheit ebenfalls nutzen, um mich bei Ihnen für die fruchtbare Zusammenarbeit in den letzten Jahren zu bedanken. Wie Sie wissen, wird SODI in diesem

Jahr sein 20-jähriges Bestehen feiern. Seit 1990 konnte unser Verein über 900 Projekte in 32 Ländern realisieren und damit viele Menschen, ihre Familien und Gemeinschaften in ihrem Ringen um einen Weg aus drückender Armut unterstützen. Dies wäre uns ohne die Unterstützung zahlreicher Partner und Unterstützer wie Sie und OWUS nicht möglich gewesen. Mit Freude laden wir Sie deshalb ein, mit uns am 26. Juni d. J. zu feiern. Für die Zukunft wünsche ich Ihnen allen Gesundheit, Erfolg und das es Ihnen gelingen möge, Ihre Unternehmungen weiter zu stärken und uns allen die Kraft, an die friedliche Zukunft der Menschheit zu glauben und dafür einzutreten.

Mit freundlichen Grüßen

Johannes Schöche, Vorsitzender des Vorstandes

aktuell

April

2010

16. Ausgabe

Inhalt:

Seite 2

Brief an den Wirtschaftsminister

Seite 3

Wir hatten die Wahl

Seite 4

Petition

Aus dem 1. Entwurf für ein Programm der Partei DIE LINKE

[...] Deshalb müssen Wettbewerbskontrolle oder Vergesellschaftung marktbeherrschende Privatunternehmen verhindern. Starke Sozialgesetze und unabhängige Gewerkschaften müssen die Rechte der Beschäftigten schützen, der Verbraucherschutz soll die Konsumenten stärken und strikte Umweltauflagen sollen Raubbau an der Natur verhindern.

Kleine und mittlere Unternehmen sowie Selbstständige haben oft ein hohes innovatives und kreatives Potenzial und sind daher zu fördern. Erforderlich sind Rahmenbedingungen, die hohe soziale und ökologische Standards sichern und Konzentration von Einkommen und Vermögen verhindern. Das schließt auch eine Umverteilung von Einkommen und Vermögen und eine demokratische Organisation und Steuerung der Wirtschaft und Gesellschaft ein. Das genossenschaftliche Eigentum vor allem in der Landwirtschaft sowie in den Bereichen kleiner oder auch mittlerer Unternehmen nicht zuletzt auf den Feldern des Handels, handwerklicher Produktion und innovativer Neugründungen in Wissenschaft und Technik wollen wir stärken.

Wir rufen alle Mitglieder auf! Beteiligt Euch als Unternehmer an der Programmdiskussion und wirkt für eine sachlich richtige Begrifflichkeit und inhaltlich korrekte Aussage.

Unternehmer im Bundestag

Am 12. Februar hatte Petra Pau, MdB und Vizepräsidentin des Bundestages, zum Unternehmerfrühstück geladen. Ihr 10. Unternehmerfrühstück fand wieder am 9.4. im Schloss Biesdorf statt.



Gemeinsam mit der Bezirksbürgermeisterin Marzahn-Hellersdorf, Frau Dagmar Pohle, DIE LINKE., dem linken Wirtschaftsforum und OWUS e.V. wurde dazu als Gast Dr. Jens Peter Heuer, Staatssekretär in der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen, eingeladen. Dr. Heuer ist in der Senatsverwaltung unter anderem für Wirtschaftsförderung zuständig. Dazu gehören die Zentrale Anlauf- und Koordinierungsstelle für Unternehmen/ZAK, die Europäische Struktur fondsförderung/EFRE und die Betriebliche Arbeitsförderung.

OWUS Regional

Dazu werden Kontakte mit anderen Wirtschaftsverbänden ausgebaut und die OWUS Stammtische erweitert. So wird z. B. mit dem Aufbau der Landesarbeitsgemeinschaft Linke Unternehmer in Sachsen Anhalt Versucht, neue Mitglieder zu gewinnen. Mit Unterstützung von Harald Koch, MdB, wurden erste Kontakte im Mansfelder Land geknüpft.



Hier Bernd Mewes Geschäftsführer OWUS Dachverband e.V. bei der Einweihung des Wahlkreisbüros von Harald Koch, MdB

OWUS e.V. schrieb an:

Bundesminister für Wirtschaft und Technologie, Herrn Rainer Brüderle

Berlin, 10. März 2010

Sehr geehrter Herr Minister Brüderle,

am 26. Februar 2010 fand in Berlin die Jahresversammlung des Offenen Wirtschaftsverbandes von kleinen und mittelständischen Unternehmen, Freiberuflern und Selbstständigen (OWUS) Berlin-Brandenburg e.V. statt. Seit 15 Jahren wirkt unser Verband in inzwischen 8 Bundesländern unter dem Leitmotiv »Aus wirtschaftlicher Vernunft und sozialer Verantwortung«. Die Teilnehmer beauftragten den Vorstand, in einem an Sie gerichteten Schreiben auf die besonderen Probleme der kleinsten und kleinen Unternehmen hinzuweisen. Wir werden auch der Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag vorschlagen, eine Anhörung zur Lage dieser Unternehmen durchzuführen.

Wir haben in den letzten Monaten die schlimmste Wirtschaftskrise seit Jahrzehnten erlebt, diese Krise ist auch in unseren Unternehmen angekommen und wirkt immer noch. Manche unserer Mitglieder haben mit der eigenen Insolvenz bezahlen müssen. Die Presse meldete in den letzten Tagen, dass die Wirtschaft den Druck auf Bundeskanzlerin Merkel für eine große Steuerreform und die Einführung eines Krankenkasseneinheitsbeitrages verstärkt. Sehr geehrter Herr Minister, dass sind nicht die Probleme der kleinen Unternehmen in diesem Land! Diese Unternehmen sind nicht vorrangig abhängig von einer sich wieder belebenden Weltwirtschaft, sondern von einer ausreichenden Binnennachfrage. Der sich in den letzten Jahren ständig verstärkende Einbruch der Kaufkraft und damit zurückgehender Erlöse sowie steigende Außenstände durch zahlungsunfähige Kundschaft führen zu einer latenten Gefahr für unsere Mitgliedsunternehmen. 2009 sind erstmals seit 1949 die Bruttolöhne in Deutschland gesunken – um 0,4%. Das sind die Einkommen unserer Kunden. Sie brauchen nicht mehr Netto vom Brutto, sie brauchen erst mal mehr Brutto! Angekündigte Steuersenkungen wirken nur teilweise oder gar nicht. Der in den letzten Jahren propagierte und dadurch stark gewachsene Niedriglohnsektor zahlt keine direkten Steuern. Der Wirtschaftsminister von Berlin, Herr Harald Wolf, wies kürzlich darauf hin, dass die Rückkehr zu einer produktivitätsorientierten Lohnpolitik plus Inflationsrate notwendig sei. Er forderte erneut einen einheitlichen, existenzsichernden Mindestlohn sowie die Stärkung des Systems der Flächentarifverträge und sprach sich gegen die mittlerweile massenhaft geübte Praxis aus, durch Leiharbeit in Kombination mit Niedriglohn den festen Beschäftigungssektor auszuhöhlen. Als Unternehmerverband unterstützt OWUS diese Forderungen nachdrücklich. Unser Verein gehört sicherlich zu den wenigen Wirtschaftsverbänden, die sich für einen gesetzlichen Mindestlohn einsetzen. Bei der von uns mit getragenen Einführung muss allerdings bedacht werden, wie wirtschaftlich schwache Kleinunternehmen für eine Übergangszeit unterstützt werden können.

Mit den Konjunkturprogrammen der deutschen Bundesregierung erhielten vor allem die Verursacher dieser Krise im Bankensektor milliardenschwere »Schutzschirme«. Die KMU und ihre Beschäftigten stehen im Regen, werden abgespeist mit marginalen Steuersenkungen, die durch andere Abgaben schnell wieder kompensiert werden – und wenn es nur Zusatzbeiträge mancher Krankenkassen oder steigende Energiepreise sind. In Ihrer Grußadresse aus Anlass Ihrer Amtseinführung schrieben Sie »Kleine und mittlere Unternehmen sorgen für die allermeisten Arbeits- und Ausbil-

dingsplätze in Deutschland. Deshalb rücke ich den Mittelstand in den Mittelpunkt meiner Politik. Ich will die Lage des Mittelstands nachhaltig verbessern.« Und wo bleiben in diesem Zusammenhang die kleinen Unternehmer, die mit einem hohem Grad an Selbstaussbeutung teilweise ebenfalls in prekären Einkommensverhältnissen leben? Die Ursachen für die Krise sind vielfältig. Klar ist jedoch und muss immer wieder hervorgehoben werden: Die kleinen und mittleren Unternehmer stehen nicht auf der Seite der Schuldigen – sie stehen auf der Seite der unmittelbar Betroffenen, zusammen mit ihren Mitarbeitern. Die Bundesregierung hat ein Wachstumsbeschleunigungsgesetz initiiert. Besonders wertvoll für uns ist die Abmilderung der Zinsschranke durch dauerhafte Einführung der höheren Freigrenze von 3 Mio. Euro, um – wörtlich in der Begründung des Gesetzentwurfes – »kleine und mittlere Unternehmen von der Zinsabzugsbeschränkung auszunehmen und so in konjunkturell schwierigen Zeiten zu entlasten und zu stärken.« Welche kleinen Unternehmen haben 3 Mio. Zinsen im Jahr zu zahlen? Viele wären froh, wenn sie einen Bruchteil davon als Kredit bekämen. Was bleibt also an Wachstumsbeschleunigung für die Kleinen übrig – wir haben jetzt das Wahlrecht geringwertige Wirtschaftsgüter wieder sofort abzuschreiben oder im Sammelposten über 5 Jahre. Wir benötigen Abschreibungsregeln, die tatsächlich eine Entlastung bringen und nicht solche Spielereien. Kleine Unternehmer und Existenzgründer brauchen finanzielle Entlastungen, die sie auch spüren.

Warum den ermäßigten USt-Satz für Hotels und nicht für Handwerk und Dienstleistungen generell? Mehr Reparatur und weniger Wegwerfprodukte bedeuten zusätzliche Arbeitsplätze in infrastrukturschwachen Regionen, stärken die regionalen Wirtschaftskreisläufe, führen zu Materialeinsparung, Müllvermeidung und durch weniger Transport auch zu geringerem CO₂-Ausstoß. Damit würde die Bewältigung der Krise dem Klimaschutz entsprechen. Eine weitere politische Forderung steht für uns mit im Vordergrund – die soziale Absicherung der kleinsten und kleinsten Unternehmer. Für manche ist selbst die Kranken- und Pflegeversicherung schon ein unbezahlbarer Luxus, von Altersvorsorge oder Schutz bei Arbeitslosigkeit ganz zu schweigen. Der Sozialbeirat der Bundesregierung hat Ende vorigen Jahres darauf gedrungen, von Altersarmut bedrohte Selbstständige stärker in die gesetzliche Rentenversicherung einzubeziehen. Der Anteil der Selbstständigen mit einem monatlichen Nettoeinkommen unter 1.100 EUR stieg zwischen 1995 bis 2005 auf 32%. Eine allgemeine Versicherungspflicht, bei denen diese Unternehmer über 19% ihres prekären Einkommens an die Rentenversicherung zahlen müssen, würde die Insolvenzgefahr drastisch erhöhen. Hier erwarten wir intelligentere Lösungen.

Sehr geehrter Herr Minister, in Ihrer Grußadresse schrieben Sie »Mit meiner Arbeit will ich alles tun, um Wohlstand und Arbeitsplätze für Deutschland zu sichern.« Auch die kleinsten und kleinsten Unternehmer in Deutschland werden Ihren Erfolg und den der gesamten Bundesregierung an dieser Aussage messen. Und das sind nach der KMU-Definition der EU-Kommission über 90% aller Unternehmen.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Rolf Sukowski, Vorstandsvorsitzender des OWUS-Dachverbandes e.V. sowie des OWUS Berlin-Brandenburg e.V.

Wir hatten die Wahl

Mitgliederversammlung OWUS Berlin-Brandenburg

Ein zarter Hauch von Geschichte streifte die Teilnehmer der Wahlversammlung, die sich am 26. Februar in Berlins Mitte eingefunden hatten. 15 Jahre OWUS war das Motto der Tagung. 15 Jahre sind für einen Wirtschaftsverband unserer Größe zugegeben noch kein Zeitraum, in dem Verdienste erworben werden konnten, die Bestand in geschichtlichen Zusammenhängen Begründen. Angesichts unserer Herkunft, der Hämischen Aufmerksamkeit, mit der die bürgerliche Presse 1994 die Selbstorganisation der »Linken Kapitalisten« kommentierte und dem vorhergesagten baldigen Ende, können wir trotzdem den Anlass zur Stärkung unseres Selbstbewusstseins benutzen.

»Jugendweihe feiern wir heute!«, so relativierte Christa Luft in Ihrem Beitrag dann auch den Zeitraum ganz praktisch, und konnte damit die Verbindung zur Herkunft der damals 26 Gründungsmitglieder herstellen und gleichzeitig charmant darüber hinweggehen, dass die Mehrzahl inzwischen ziemlich ergraut ist.

Wirtschaft ohne Gewinne ist nicht möglich

Überhaupt Christa Luft – praktisch eine Art Pate von OWUS. Unsere Gründungsvorsitzende – wichtig Mitte der Neunziger als Mentor und Stimme des Verbandes, die uns in der Öffentlichkeit und in der nahestehenden Partei Aufmerksamkeit und Gehör verschaffte, in den eigenen Reihen immer wieder mit Ideen für Belebung sorgte. Auch diesmal verzichtete unser Ehrengast nicht darauf. In der Ihr eigenen knappen und präzisen Art kommt sie gleich mit dem ersten Satz auf den Punkt, der immer wieder in der Linken heftig diskutiert wird: »Keine Partei, die ernsthaft Politik macht, kommt umhin, sich mit Wertschöpfung zu beschäftigen!« ruft Sie angagiert in den Saal. »Ohne Gewinne ist in der Wirtschaft nichts zu machen.

Der Gewinn gehört dabei immer drei: dem Unternehmen – damit es sich stabil entwickeln kann; den Mitarbeitern, die ihn erarbeiteten und die mit einem Anteil nach Hause gehen müssen, der ein ordentliches Auskommen ermöglicht und natürlich der Allgemeinheit!« zitiert sie locker einen Spruch von Ford Senior aus 1928.

Wenn diese Grundwahrheit akzeptiert wird, streiten wir gern über die Relationen der Gewinnverteilung, meinte Sie und forderte uns auf, gebetsmühlenartig immer wieder ganz deutlich zu machen, wie groß der Gegensatz zu Großkonzernen und herrschender Wirtschaftspolitik und der Lebenswirklichkeit der kleinen Unternehmen ist.

Rolf Sukowski wiedergewählt

Unser wiedergewählter Vorsitzender Rolf Sukowski wies eingangs im Referat auf die Gemeinsamkeiten der Gründergeneration hin. Motivation OWUS Mitglied zu werden war damals die verbindende Sozialisierung in der DDR und daraus abgeleitet der Wunsch, sich mit Gleichgesinnten auszutauschen, die in der unternehmerischen Tätigkeit eine neue Chance sahen. Gemeinsam war diesen Unternehmern ihre politische Einstellung, die sich im Slogan von »Wirtschaftliche Vernunft und soziale Verantwortung« darstellte.

Inzwischen verbindet uns viel mehr gegenwärtiges. »Mehr als die Vergangenheit interessiert mich die Zukunft, denn in ihr gedenke ich zu leben«, meine einst Albert Einstein, der nun wirklich als Experte für die Zeit gelten kann und ganz in diesem Sinn gab es jede Menge Vorschläge zu künftigen Aufgaben.



Vorstand OWUS Berlin-Brandenburg e.V.

v.l.n.r.: Klaus Eichler; Detlef Militz, stell. Vors.; Joachim Mertenz; Reinfred Lauterbach; Andrzej Philipp, Schatzmeister; Bernd Mewes, Geschäftsführer; André Schwartz; Dr. Rolf Sukowski, Vorsitzender; Uwe Zimmermann; Robert Gadegast, stell. Vors.; Jürgen Heinrich; (Krank Frau Prof. Dr. Irene Gebauer).

Immer neu Verständnis für Lebenswirklichkeit der KMU wecken

Unser Hauptthema muss es bleiben, Verständnis bei der politischen Kraft, der sich die meisten verbunden fühlen, für die kleinen Unternehmen zu wecken; ja aktuelle wirtschaftspolitische Themen überhaupt ständig aufs Neue in den Fokus der »Linken« zu lenken. Keine Frage, dass die Haltung der Linken zu den Unternehmern ihr politisches und soziales Grundverständnis herausfordert, vergleichbar in der Brisanz wie etwa die Beteiligung an Koalitionsregierungen. Aber es gibt nun mal erhebliche übereinstimmende Interessen der kleinen Unternehmen, zum Teil sogar des Mittelstandes und der Linken. Die Politik der Erosion der sozialen Mitte wird nur durch Kräfte aufzuhalten sein, die sich klar dafür aussprechen, soziale und ökologische Rahmen gegen eine freie Marktsteuerung der Produktion und Verteilung zu setzen. Ganz klar müssen wir uns deshalb gegen den pauschalen Vorwurf verwahren, die Unternehmer generell haben Schuld an der Krise, es sind ja doch alles Kapitalisten. Da müssen wir, OWUS e.V. und die LAG LiU, in der Partei DIE LINKE, immer wieder Aufklärungsarbeit betreiben.

Warum heute OWUS Mitglied werden

Diskutiert wurde die Frage, welchen praktischen Nennwert hat es für einen Unternehmer oder für eine Unternehmerin HEUTE Mitglied bei OWUS zu werden?

Um es betriebswirtschaftlich auszudrücken: Welchen unternehmerischen Gewinn habe ich aus einer Mitgliedschaft in diesem Wirtschaftsverband?

Da wurden solche Themen aufgerufen wie die Verbreiterung unserer internationalen Aktivitäten mit Schwerpunkt Osteuropa und Lateinamerika oder die wesentliche Verstärkung der wirtschaftlich messbaren Kontakte unter den Mitgliedern selbst – zumal wir inzwischen in sieben Bundesländer vertreten sind und mit den LAG und der BAG Linke Unternehmern auch eine Basis in der »Linken« selbst nutzen können. Da bleibt ein weites Feld, die Attraktivität der Mitgliedschaft zu erhöhen. Die Palette der Themen reichte weiter von der Forderung nach größerem Engagement bei der Frage einer künftigen Gestaltung der Kammermitgliedschaften bis zum Vorschlag, aus unseren Reihen einen Unternehmer des Jahres zu küren. Nicht zu vergessen, die Sensibilisierung der Politik, für die Problematik der sozialen Absicherung von Kleinunternehmern. Da müssen bessere Rahmenbedingungen gerade für unsere Zielgruppe geschaffen werden.



Dr. Helmuth Markov DIE LINKE Finanzminister Brandenburg und OWUS Gründungsmitglied überbringt seine Glückwünsche und die des Wirtschaftsministers Rolf Christoffers DIE LINKE für 15 Jahre erfolgreiches Wirken als linker Unternehmerverband.



Katrin Lompscher, Senatorin für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz war beim Unternehmer-Stammtisch zu Gast und Informierte über die Ziele und Wirkungsabsichten linker Politik bei der Durchsetzung des neuen Umweltgesetzes für Berlin.



Dr. Rolf Sukowski Vorsitzender und Bernd Mewes Geschäftsführer OWUS Dachverband e.V. zu Besuch bei OWUS-Mitgliedsunternehmen OPTOTEC in Rathenow. Herr Joachim Mertens informierte über sein, vor allem in Europa und Asien wirkendem Unternehmen und die Möglichkeiten den Unternehmer-Treff in Rathenow wieder zu beleben.

Termine

Berlin, 22. Juli

Unternehmer-Stammtisch mit Harald Wolf, Bürgermeister und Senator für Wirtschaft, Technologie und Frauen

17:00 Uhr: Besuch von OWUS-Unternehmen

19:00 Uhr: Unternehmer-Treff mit Mitgliedern des OWUS Berlin-Brandenburg e.V. und Mitgliedern der LAG LiU-Berlin

Ort: Gewerbehof Saarbrückerstraße

Neue Adresse

Der OWUS Dachverband e.V. und OWUS Berlin-Brandenburg e.V. sind umgezogen.

Die Geschäftsstelle befindet sich jetzt im Bürohaus (ND) Franz-Mehring-Platz 1, Zimmer 646, in der 6. Etage.

Impressum

Herausgeber: OWUS e.V., Vi.S.d.P: Bernd Mewes
Redaktion: Prof. Dr. Irene Gebauer, Dr. Rolf Sukowski, Uwe Zimmermann, Bernd Mewes

Geschäftsstelle: Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

Tel.: 030 - 4 21 62 80
Fax.: 030 - 4 21 62 79

Mail: kontakt@owus.de

Satz/Layout/Druck: typeregerecht berlin
Schönhauser Allee 36
KulturBrauerei Haus 1
10435 Berlin

Fon: 030 - 48 49 62 43

Fotos: Klaus Vehlow, Bernd Mewes

Redaktionsschluss: 13.04.10

Zuschriften können bei Veröffentlichung sinngemäß redaktionell bearbeitet worden sein. Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung des Herausgebers übereinstimmen.

Prominenz zum anfassen ganz ohne Sponsoring

Wohlthuend war, wie unpretiös, hemdsärmelig im Sinne des Wortes unser Stellvertreter des Ministerpräsidenten von Brandenburg auftauchte, der »Linke Herr der Finanzen«, wie das Handelsblatt titulierte. Helmuth Markov ist auch als Finanzminister noch das praktisch denkende und pragmatisch handelnde OWUS Mitglied geblieben, einer von uns eben. Er konnte anschaulich darlegen, welche Prioritäten eine regierende Linke Kraft setzen kann, obwohl deren Handlungsspielraum unter den aktuellen Bedingungen im Lande natürlich beschränkt ist. Für mich wie viele andere wurde in der Auseinandersetzung zu seinem Diskussionsbeitrag aber auch nachvollziehbar deutlich, dass trotz der Grenzen unseres Regierungshandelns Entfaltungsbereiche zu finden sind, die wir unbedingt nutzen sollten. Ganz aktuelle Akzente setzte der Vorsitzende des Sprecherates der BAG LiU, Diether Dehm. Er kam emotional aufgewühlt aus dem Bundestag, wo kurz zuvor die ganze Fraktion der Linken wegen ihrer Erinnerung an die Opfer der Bundeswehrattacke in Afghanistan des Saales verwiesen wurde. Er zog den Bogen von diesem Protest der Linken hin zu

aktuellen Schlussfolgerungen aus der Finanzkrise. Haltung zeigen lohnt auch heute. Ein bisschen Stolz können wir mit dem Blick auf die 15 Jahre OWUS schon sein, dass nehme ich aus dieser MV mit. Nicht weil es jetzt aus unseren Reihen Wirtschafts- und Finanzminister gibt, obwohl auch das eine gewisse Genugtuung mit sich bringt. Zufrieden bin ich, dass wir oft die richtigen Fragen gefunden haben, wenn es schon so schwer ist mit den Antworten in diesen von gesellschaftlichen Umbrüchen charakterisierten Zeiten. Optimistisch stimmt mich, dass sich so viele von uns mit dem Credo linke Unternehmer zu sein behaupten konnten. Weil sie Haltung gezeigt haben, ohne in ideologischen Nischen zu verharren, in die wir gerne von denen verortet werden, die selbst stur in Ihrer einseitigen Sicht – egal ob Vertreter der selbstregulierenden Märkte oder die Verteufelung jeglichen selbstständigen privaten Unternehmertums – gefangen sind. Haltung heißt auch »aushalten«, »durchhalten« und »gegenhalten«. Darin sind wir geübt und daran sollten wir unbedingt festhalten, meint jedenfalls

Uwe Zimmermann,

Mitglied des Vorstandes Berlin-Brandenburg.

An den Deutschen Bundestag

Auszug aus der Petition Gert Bindig OWUS Sachsen e.V.

Der Deutsche Bundestag möge beschließen ...

Die Freiwillige Gesetzliche Versicherung in den sozialen Sicherungssystemen lt. SGB wird geschlossen. Die so Versicherten werden in die Gesetzliche Versicherung überführt mit gleichen Rechten und Pflichten wie abhängig Beschäftigte.

Begründung: Die unterschiedliche sozialrechtliche Behandlung von Selbständigen gegenüber Gesetzlich Versicherten, Arbeitnehmern, ist zu beseitigen.

Zur Zahlung von Krankentagegeld sind unterschiedliche Regelungen gesetzlich konstruiert und sind darüber hinaus generell angegriffen worden. Die ungleiche Behandlung von Freiwillig Gesetzlich Versicherten verletzt den Gleichheitsgrundsatz des Grundgesetzes und den Teil I SGB, der keine derartigen Unterscheidungen vorsieht. Zur Bemessung der Sozialversicherungsbeiträge ist das Einkommen

Selbständiger zukünftig vom Finanzamt zu schätzen und der Steuervorauszahlung und analog der Verbeitragung der Sozialbeiträge zugrunde zu legen. Von Selbständigen werden jetzt in der Freiw. Gesetzl. Krankenversicherung überhöhte, vom Einkommen abgekoppelte Beiträge mit unterschiedlichen Bemessungsgrundlagen gegenüber abhängig Beschäftigten erhoben. Dieses unterstellte Einkommen wird von vielen Selbständigen überhaupt nicht erreicht und führt zu existenziell ruinösen Beiträgen, erhoben eben von der Gesundheitskasse. Die gegenwärtige Rechtsprechung zementiert den kritisierten Zustand, siehe der Petition entgegenstehendes Grundsatzurteil Bundessozialgericht vom 2.9.2009.

... viele Selbständige leben in prekären Verhältnissen oder sind armutsbedingt aus den sozialen Sicherheitssystemen herausgefallen. (Originaltext unter www.owus.de)

Aus dem Deutschen Bundestag

Sehr geehrte Damen und Herren, Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich möchte Sie/Euch über einen Gesetzentwurf zur Entfristung der freiwilligen Weiterversicherung in der Arbeitslosenversicherung informieren, den die Fraktion DIE LINKE. in dieser Woche in den Bundestag eingebracht hat und der sich im Anhang dieser Mail befindet. Den Schritt zur freiwilligen Weiterversicherung sind allein im letzten Jahr fast 90.000 Selbständige gegangen. Trotzdem, dass nur bestimmte Gruppen den Zugang zu dieser freiwilligen Weiterversicherung haben, ist die bestehende Regelung ein erster und wichtiger Schritt zur Einbeziehung des Selbständigen in die gesetzliche Arbeitslosenversicherung. Diese Regelung endet vorläufig zum 31.12. dieses Jahres, weshalb wir als LINKE zur Entfristung diesen Gesetzentwurf in den

Bundestag eingebracht haben. Inzwischen hat auch die Arbeitsministerin eine Verlängerung in Aussicht gestellt. Ein entsprechender Gesetzesentwurf liegt uns aber noch nicht vor. Aus unserer Sicht gilt es aber schnell zu handeln, um den Betroffenen Planungssicherheit zu geben. Ich möchte darüber hinaus anregen, uns Ideen zum Ausbau der bestehenden Regelung mitzuteilen. Wir diskutieren gerade eine umfassende Neuorganisation der Arbeitslosenversicherung. Ein Punkt dabei: die bestehende Regelung für weitere Kreise der Selbständigen öffnen. Entsprechende Anregungen und Vorschläge sind sehr willkommen.

Mit freundlichen Grüßen

Sabine Zimmermann, MdB, Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
sabine.zimmerman@bundestag.de

Einladung: Mit OWUS 2010 nach Gdansk

23.09.: Abfahrt in Potsdam und Berlin am Vormittag; Fahrt vorbei an Stettin (Szczecin) nach Gdansk

24.09.: Stadtrundfahrt Gdansk-Sopot mit Besuch einer Bernsteinschleiferei; Besuch Halbinsel Hel.

25.09.: Fahrt nach Malbork; Besichtigung der Marien-

burg; gemütliches Beisammensein in einem Restaurant in der Altstadt

26.09.: Rückfahrt nach Berlin und Potsdam

Anmeldung unter www.tuk.de oder Tel. 030 - 4 23 33 33